

Protokoll
Vorstandssitzung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
29.10.2020 (letzte Sitzung: 23.09.2020)

Ort	BIZ Wien – Großer Saal
Beginn	12:06 Uhr 14:12 Uhr
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Anderl Präs Blauensteiner VP Gruber VP Kniezanrek VP Teiber VP (entschuldigt) Assigal Brantner Erne Ferrari Fetik Katzian (entschuldigt) Kubicek (entschuldigt) Rudolph (entschuldigt) Vondrasek (entschuldigt) Wadsack Pörtl Rasch Rösch Paiha
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv Trenner BL (entschuldigt)
Vom Büro	Kauer Lang Marcon (Betriebsrat) (entschuldigt) Minassian (Betriebsrat) (entschuldigt) Schwarz (Protokoll)
Sonstige Teilnehmer	Kludak

Tagesordnung

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.09.2020

2 Beschlüsse

- 2.1 Budgetvorschlag 2021
- 2.2 Änderungen in den Fachausschüssen
- 2.3 Ergänzung Personalplan 2020
- 2.4 Tagesordnung für die 174. Vollversammlung am 11. November 2020

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin – Anderl

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Novelle des AK Gesetzes im Zuge der COVID-19-Gesetzgebung
- 3.2.2 Statusbericht „Job & Corona“ und Aktion „Kurzarbeit-Lohnzettel-Check“
- 3.2.3 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Aktueller Bericht

3.4 Bildung - Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Befragung „Homeschooling von Lehrlingen“
- 3.4.2 Mehr als die Hälfte aller Studierenden sind AK-Mitglieder
- 3.4.3 Bildungsschwerpunkt im Integrationsbericht 2020
- 3.4.4 Neue AK Betriebskostenstudie
- 3.4.5 Jugendliche und Kinder im öffentlichen Raum in der Krise
- 3.4.6 COVID-bezogene Maßnahmen betreffend KonsumentInnen
- 3.4.7 Erhebung Hypothekarkredite
- 3.4.8 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

- 3.5.1 Kooperation GPA-djp/vida/AK: Online-Workshop „Budgetierung im Sozialbereich – trotz oder gerade wegen der Gemeinnützigkeit“
- 3.5.2 Kooperation Metalllohnrunde GPA-djp und PRO-Ge – IFES-Befragung
- 3.5.3 SOZAK goes Facebook
- 3.5.4 SOZAK-KSÖ-World Cafe „Arbeit ohne Zukunft – Zukunft ohne Arbeit?“
- 3.5.5 BRAK Lehrgangsentwicklung
- 3.5.6 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten August/September 2020
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze August 2020
- 3.6.3 SARS-CoV-2-Tests
- 3.6.4 Aktuelle Probleme bei Quarantäne und Krankenstand
- 3.6.5 Epidemiegesetz und COVID-19-Maßnahmengesetz
- 3.6.6 LSD-BG – Aktuelle Entwicklungen September 2020
- 3.6.7 Online Diskussion „Jobs für Langzeitarbeitslose?!“
- 3.6.8 Auswirkungen der Corona-Krise auf die Frauenbeschäftigung
- 3.6.9 Act4Respect: Neue Angebote für Betroffene von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
- 3.6.10 Straßeninitiative „Zentrale für gleichberechtigtes Arbeiten – Eine Zukunft für alle“
- 3.6.11 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

- 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.2 Covid-19-Unternehmershilfspaket – Update 30.09.2020
- 3.7.3 AK-Wohlstandsbericht 2020
- 3.7.4 Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021- österreichische Umsetzung des Konjunkturprogramms „NextGenerationEU“
- 3.7.5 EU-Budgets 2021-2027 vor der finalen Einigung
- 3.7.6 Update Intra-EU-Investitionsschutz
- 3.7.7 Studie zum neuen One In, One Out-Prinzip bei der EU-Gesetzgebung
- 3.7.8 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Anderl begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 29.10.2020 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.09.2020

Anderl ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 23.09.2020.

Pörtl merkt an, dass zur Subvention für „Jugend am Werk“ zwar **Anderls** und seine Wortmeldung im Protokoll enthalten seien, nicht aber der eigentliche Beschluss. **Anderl** sagt ihm zu, dies zu prüfen.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 23.09.2020 wird genehmigt.

→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

TOP 2.1 Budgetvoranschlag 2021

Klein erläutert den vorliegenden Budgetvoranschlag. Er beginnt mit den erwarteten Erträgen. Für 2020 gehe man wegen der Corona-Wirtschaftskrise davon aus, dass die Umlage-Einnahmen (1.) von 123 Mio. Euro 2019 auf rund 120 Mio. fielen. Für 2021 erwarteten viele ÖkonomInnen zwar wieder Wirtschaftswachstum, doch die hausinterne wirtschaftswissenschaftliche Abteilung rate zur Vorsicht. Niemand könne Dominoeffekte innerhalb der Volkswirtschaft, internationale wirtschaftliche Entwicklungen oder den Verlauf der Gesundheitskrise vorhersagen. Daher budgetiere man vorsichtig erneut mit 120 Mio. Euro an Einnahmen. Auch bei den Kostenbeiträgen der anderen AKs zur BAK-Geschäftsführung (2.3.) gehe man von einem Minus aus.

Wegen der Krise sei auch die Auflösung von Rücklagen in Höhe von 6,9 Mio. Euro sicherheitshalber eingestellt (4.1.), setzt **Klein** fort. Das sei knapp ein Viertel der gesamten Rücklagen von rund 27 Mio. Euro.

Klein wendet sich dem Sachaufwand (5.) zu. Auf der einen Seite habe man bei vielen Posten Reserven und Polster aufgelöst, um das Budget zu stabilisieren, auf der anderen Seite wurden vereinzelte wichtige Positionen auch angehoben. Rechtsschutz und Rechtsberatung (5.1.1.) etwa erhalten 400.000 Euro mehr. Einerseits erwarte man, wegen der Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt mehr Prozesse für die Mitglieder führen zu müssen. Andererseits sei in der Rechtsberatung Arbeitsrecht eine Modernisierung und Digitalisierung der Arbeitsabläufe nötig. Von den Posten, bei denen umgekehrt Einsparungen geplant sind, nennt der Direktor etwa die Sozialversicherung und die Bereichsleitung Sozialbereich (beide 5.1.3.), Gesundheitsberufe (5.1.4.), Volkswirtschaftliche Arbeiten und Wirtschaftspolitik (5.2.1.). Umgekehrt erhalte die Wohnrechtsberatung unter dem Posten Kommunalpolitik (5.2.4.) mehr Geld, da dieses neue Service aus dem Zukunftsprogramm exzellent angenommen werde und viele erfolgreiche Musterklagen zB gegen Immobilienmakler und Hausverwaltungen geführt würden. Im Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich (5.3.) werde beispielsweise die sonstige Kulturförderung (5.3.1.) gekürzt, die Betriebskosten der Technisch-gewerblichen Abendschule (5.3.2.) dagegen erhöht, da dort die kaputten

Eingangstüren ersetzt werden müssten. Für das Bildungszentrum (5.3.3.) budgetiere man 200.000 Euro extra, weil dort u.a. die Stromversorgung und die Spielgeräte im Benya-Park erneuert werden müssten. Auch die Ausgaben der Bereichsleitung Information (5.3.3.) stiegen, weil sie eine Kommunikationsoffensive plane, um den Mitgliedern die Aufgabenteilung zwischen AK, Gewerkschaften und BetriebsrätInnen verständlicher zu machen. Die Budgeterhöhung für die Studienbibliothek (5.3.4.) sei nur eine scheinbare, da die AK Wien die Koordination der digitalen AK-Bibliothek von der AK Tirol übernehme. Der Posten Information, Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation (5.4.) sinke insgesamt um 40.000 Euro. Dahinter steckten zahlreiche Verschiebungen, vereinfacht gesagt von klassischen, gedruckten Medien hin zu Online-Medien. Die Fachausschüsse (5.5.) erhielten zusätzliche Mittel für ein Weiterentwicklungs-Projekt, in dessen Rahmen beispielsweise eine gemeinsame Website entstehe. Für Mitgliedsbeiträge (5.6.1.) und Subventionen (5.6.2.) gebe man entsprechend dem Wunsch des Kontrollausschusses in zwei Teilpositionen weniger aus als zuletzt. Allerdings sei die AK dem Datenschutzverein NOYB beigetreten und wüchsen die Subventionen der BAK, weil der BAK-Vorstand eine Förderung des ArbeitnehmerInnen-freundlichen Thinktanks Momentum beschlossen habe, ein wichtiges Gegengewicht zu den zahlreichen neoliberalen Instituten. Die Wiener Subventionen würden im Gegenzug gesenkt. Das Budget für Hilfsaktionen (5.6.5.) erhöhe man von 11.000 auf 60.000 Euro. Dieses Geld sei für akute Notfälle von AK-Mitgliedern vorgesehen, denen beispielsweise eine Delogierung drohe und die sich hilfesuchend an die AK wendeten. Leider müsse man in der Corona-Krise mit einem Anstieg solcher Fälle rechnen. Die Unterstützung für die AK-Fraktionen (5.6.7.) sinke, weil diese an die AK-Einnahmen gekoppelt seien. Insgesamt, fasst der Direktor zusammen, bleibe der Sachaufwand (5.) als Folge der beschriebenen Mischung aus Kürzungen und Mehrausgaben stabil. Man hoffe auf ebenfalls stabile Einnahmen 2021.

Als nächstes erläutert **Klein** den geplanten Betriebs- und Verwaltungsaufwand (6.). In der sonstigen Gebäudeinstandhaltung (6.1.1.) werde ein Großprojekt zur Umrüstung auf LED-Lampen auf 2022 verschoben, das mache 343.000 Euro frei. Beim Energieaufwand (6.1.4.) ziehe man die bisherige Reserve von 50.000 Euro ab. Umgekehrt steige der Betriebsaufwand für das Kammerbüro (6.1.6.). Um die Installation von Photovoltaikanlagen auf den AK-Dächern vorzubereiten, würden ExpertInnen hinzugezogen. Die Instandhaltungskosten für Hardware (6.3.1.) wüchsen scheinbar um 102.000 Euro an. Grund dafür sei in Wirklichkeit die Entwicklung in der IT-Welt, dass Hardware und Software zunehmend durch Nutzungsrechte in einer Cloud ersetzt würden, was derzeit dort budgetiert werde. Eine große Budgetsteigerung von 800.000 Euro betreffe die Instandhaltung Software (6.3.2.). Dahinter steckten die Lizenzgebühren, die im Rahmen des Datenbank-Großprojekts KOMET anfielen, das die AK-Außenkommunikation revolutionieren werde.

Deutlich weniger als zuletzt sei dagegen für den Aufwand für die Selbstverwaltung (7.) veranschlagt, fährt **Klein** fort. Bei den Sitzungen, Ausschüssen und Delegationen (7.1.) spare man ebenso wie bei den Pensionen für Präsidenten und Hinterbliebene (7.5.). Derartige Pensionen würden schon lange nicht mehr vergeben, die Ausgaben sanken nun wegen des Todes von Alt-Präsident Herbert Tumpel.

Beim Personalaufwand (8.) weist **Klein** darauf hin, dass die Löhne und Gehälter (8.1.) ohne Erhöhung fortgeschrieben würden. Der Anstieg bei den Abfertigungszahlungen (8.5.) sei der kaufmännischen Vorsicht geschuldet. Die Erhöhung müsse nur im unwahrscheinlichen Fall ausgeschöpft werden, dass alle MitarbeiterInnen, die 2021 das Pensionsalter erreichten, ihre Pension auch sofort antreten.

Schließlich gelangt **Klein** zu den Rücklagen und Rückstellungen (9.). Die geplanten Rückstellungen für die Digitalisierungs-offensive (9.2.) würden fortgesetzt, aber teilweise für den Corona-Hilfsfonds für AK-Mitglieder umgewidmet. Ein entsprechender Beschluss werde in der Vollversammlung, sowie in der Hauptversammlung eingebracht.

Damit wechselt **Klein** zu den Investitionen. Jene in die Kammergebäude stiegen vorerst um gut 1 Mio., um zum Beispiel die erwähnten Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern zu finanzieren. Das koste zuerst, werde sich aber später in sinkendem Energieaufwand niederschlagen. Im Gebäude des Theaters Akzent müssten die Sicherheitsbeleuchtung und Züge hinter der Bühne erneuert werden. Ein weiterer Posten mit deutlichem Anstieg sei die Raumausstattung. Die AK plane im Erdgeschoß des Haupthauses ein Zentrum für Pressekonferenzen zu errichten, nicht zuletzt um Schließtage in der derzeit dafür genutzten Bibliothek zu vermeiden. Um der Einnahmensituation Rechnung zu tragen würden die Investitionen in Summe dennoch von 13,8 auf gut 12 Mio. Euro gesenkt, schließt der Direktor.

Rösch meldet sich zu einigen Punkten des Budgets zu Wort. Er freue sich, dass die Kurzarbeit so ausgestaltet sei, dass die AK nur wenig Beitragseinnahmen verliere. Die erhöhten Ausgaben für Rechtsschutz und Beratung begrüße er, das seien Kernaufgaben der AK. Weniger Verständnis habe er für den geplanten Raum für Pressekonferenzen. Dieser solle allen Fraktionen zur Verfügung stehen. Seiner Ansicht nach verfüge die FSG in der AK über Infrastruktur, die andere nicht erhielten. Büros, Beratungsmöglichkeiten, Mailadressen und anderes sollten allen Fraktionen zur Verfügung stehen. Die FA habe derartige Anträge bereits häufig gestellt. Sollte das Budget nicht in seinem Sinn ausgelegt werden, werde er dagegen stimmen. Außerdem hinterfragt **Rösch** die Beratungsausgaben für die geplanten Photovoltaik-Anlagen. Er kenne keine derartigen Projekte mit Beratungshonoraren. Die Dächer ließen sich einfach finden, das Geschäft boome dank Förderungen. Er fragt nach dem erwarteten Return on Investment. Zuletzt erkundigt sich **Rösch**, ob die AK auch Geld für Insolvenzschutz ausgeben.

Anderl erwidert, dass es in der AK keine Pressekonferenzen der FSG gebe. **Kniezanrek** ersucht **Rösch**, ihm ein einziges Büro im AK-Gebäude zu zeigen, das der FSG gehöre. Ein solches gebe es nicht, er verbitte sich derartige Unterstellungen. Anschließend geht **Klein** im Detail auf **Röschs** Fragen ein. Erstens bejaht er, dass die AK bei Kurzarbeit die Kammerbeiträge ersetzt bekomme. Die Verluste kämen aus der gestiegenen Arbeitslosigkeit und wegfallenden Einkommensteilen wie etwa ausbezahlten Überstunden. Auch die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen treffe die AK-Umlage mit. Man hoffe, dass noch möglichst viel davon nachgezahlt werde. Zweitens bestätigt er, dass es keine Infrastruktur der FSG in AK-Gebäuden gebe. Veranstaltungs- und Seminarräume stünden allen Fraktionen offen. Drittens erklärt der Direktor, dass externe Beratung beim Bau einer Photovoltaikanlage auf einem Kleingartenhäuschen tatsächlich nicht nötig sei, auf einem großen Gebäude wie dem AK-Haupthaus aber schon. Es gehe beispielsweise darum, den künftigen Energiemix aus eigener Produktion und den Wiener Netzen gut zu planen. **Bröthaler** ergänzt, dass neben dem Haupthaus acht weitere Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen ausgestattet würden. Auch die Nützung der Dachflächen für Bienenstöcke und Begrünung werde im Zuge dessen geprüft.

Paiha spricht einige Punkte des Budgetentwurfs an. Die Bezeichnungen einiger Posten passten nicht zu den dahintersteckenden Aktivitäten, kritisiert sie. „Inseratenaufwand“ (5.4.1.) meine Werbung auf Social Media, „Instandhaltung Hardware“ (6.3.1.) die Nutzung von Cloud-Diensten. Sie bittet darum, die Namen an die Inhalte anzupassen. Weiter fragt **Paiha**, hinter welchem Posten sich das angesprochene Kommunikationsprojekt zur Vermittlung der Aufgabenteilung zwischen AK, Gewerkschaften und BetriebsrätInnen verberge. Der Name laute Bereichsleitung Information (5.3.3.), antwortet **Klein**. Was sei dann mit den um 40.000 Euro erhöhten Spezialprojekten im Rahmen der Funktionäre- und Betriebsräteschulung (5.3.3.) gemeint, fragt **Paiha** nach. Dahinter stecke eine externe Evaluierung von SOZAK und BRAK, antwortet **Bröthaler**. Darauf folge eine Reflexion und Weiterentwicklung in Abstimmung mit den anderen AKs. **Paiha** fragt weiter, in welcher Zeile des Betriebsaufwands Kammerbüro (6.1.6.) die angesprochenen Begleitkosten für die Photovoltaik zu finden seien. Das sei der „Sonstige Aufwand“, antwortet **Klein**. Außerdem möchte **Paiha** wissen, warum die Bewachungskosten für das Kammerbüro (6.1.6.) sich verdoppelten und ob die Subvention für das

Momentum Institut (5.6.1.) jährlich geplant sei. In Corona-Zeiten kontrolliere ein Security am Eingang, antwortet **Klein**, das erhöhe die Bewachungskosten. Die Momentum-Subvention sei vorerst für zwei Jahre beschlossen und werde danach evaluiert. **Paiha** hinterfragt, warum Investitionen im Bildungszentrum, etwa für die Stromversorgung, unter Betriebskosten liefen. **Klein** antwortet, bilanztechnisch sei diese Darstellung nötig. Als Investition könne ein Austausch in der Regel nur verbucht werden, wenn die betreffende Einrichtung im Anlageverzeichnis ausgewiesen wurde. Dazu kämen Architektenhonorare oder Ausschreibungskosten. **Paiha** erklärt, sie interessiere die Entwicklung der Energiekosten im Zeitverlauf. Die ausgewiesenen Betriebskosten des BIZ (5.3.3.) stiegen nämlich an, obwohl die Investitionen der vergangenen Jahre die Energiekosten eigentlich senken sollten. **Bröthaler** erklärt, dass die ausgewiesenen Betriebskosten sich aus über hundert Einzelpositionen zusammensetzten. Der Energieaufwand alleine sei in einem Budgetüberblick nicht darstellbar.

Rösch meldet sich erneut zu Wort. Seine Fraktion wünsche sich für ihre Beratungen einen Raum im AK-Gebäude oder in der Nähe, zudem Mailadressen und einen Raum in den AK-eigenen Medien. Mehr Sichtbarkeit aller Fraktionen würde das öffentliche Bild der AK als SPÖ-nahe berichtigen. **Anderl** antwortet, die AK werde als „rot“ wahrgenommen, weil die FSG die AK-Wahlen gewinne. Sie agiere als Präsidentin aber stets überparteilich, habe ein gutes Einvernehmen mit den FCG-Präsidenten aus Tirol und Vorarlberg und mache regelmäßig gemeinsame Pressekonferenzen mit ihnen. Die AK sei für alle ArbeitnehmerInnen da, unabhängig von ihrem Wahlverhalten. Wenn **Rösch** seine Zustimmung zum Budget mit dem Wunsch nach einem eigenen Büro junktimiere, sei das eine kleine Erpressung. **Rösch** erwidert, er habe auch andere Kritikpunkte am Budget.

Paiha merkt an, auch ihr sei es ein Anliegen, die Vielfalt in der AK besser in der Öffentlichkeit widerzuspiegeln. Dieses Thema sei bei der Diskussion übers AK-Budget aber fehl am Platz. **Pörtl** pflichtet ihr bei, dass diese Debatte anderswo geführt werden müsse. Er erklärt für seine Fraktion ÖAAB/FCG, dass sie sich vorerst der Stimme enthalte und die Diskussion des Budget-Voranschlags im Kontrollausschuss abwarte.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt den Budgetvoranschlag 2021 der Vollversammlung der AK Wien zur Beschlussfassung vorzulegen.

➔ **mehrheitlich angenommen – gegen FA, Stimmenthaltung ÖAAB**

TOP 2.2 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

FA Tapezierer (GBH)

Mitglied neu

KNAUPP Nicole

FA Hausbesorger- und HausbetreuerInnen (Gew.VIDA)

Mitglied neu

GRUBER Josef – vormals Ersatz

Mitglied ausgeschieden

FLECKL Maria

Ersatzmitglied neu
WERNER Petra

Ersatzmitglied ausgeschieden
PRIGL Leopold
GRUBER Josef – jetzt Mitglied

FA Denkmal-, Fassaden- und GebäudereinigerInnen (Gew.VIDA)

Mitglied ausgeschieden
POLLAK Karl

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.3 Ergänzung Personalplan 2020

Der Vorstand hat am 12.12.2019 den Personalplan 2020 mit 618,71 VZÄ beschlossen.

Weiters wurde beschlossen, dass der Personalplan gegen Bericht im Vorstand unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation um bis zu 2 Personen für eine allfällige Neustrukturierung der Abteilung Kommunikation aufgestockt werden kann.

Davon wurde mittlerweile im Ausmaß von 1 VZÄ Gebrauch gemacht (Bericht des Direktors im Vorstand am 27.2.2020).

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hat der Vorstand am 29.6.2020 beschlossen, dass der Personalplan zur Bewältigung des zu erwartenden Anstieges von Insolvenzen gegen Bericht im Vorstand um bis zu 5 Personen (5 VZÄ) überschritten werden kann.

Davon wurde bislang im Ausmaß von 2,4 VZÄ Gebrauch gemacht (Bericht des Direktors im Vorstand am 23.9.2020).

Nun hat sich ebenfalls vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zusätzlicher dringender Personalbedarf in der Abteilung Arbeitsrecht ergeben.

Die aktuellen Anforderungen an die Abteilung Arbeitsrecht führen zu Steigerungen in der Telefonfrequenz von bis zu 50 Prozent gegenüber dem Durchschnitt in der Vergangenheit. Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten im persönlichen Beratungsdienst (wie vor allem das Ausdehnen der Beratungsfrequenz auf 45 Minuten pro Gespräch) bedingen verstärkten schriftlichen Kontakt. Alles zusammen verlangt einen höheren Personaleinsatz als in den bisherigen Plänen vorgesehen.

Durch interne Umschichtungen wurde die telefonische Beratung bereits personell verstärkt.

Zur Unterstützung dieser Maßnahme sollen neben den bereits bestehenden 5 Teilzeitstellen für Jus-Studierende zu je 15 Wochenstunden (0,375 VZÄ) weitere 3 solcher Stellen dazukommen.

Um unseren guten Servicelevel aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, im vorgeschlagenen Ausmaß nachzurekrutieren.

Es wird daher beantragt, den Personalplan 2020 um 1,125 VZÄ aufzustocken.

Rasch fragt, ob der nun vorliegende Personalbedarf aus den zwei genannten, bereits beschlossenen Ergänzungen des Personalplans abgedeckt werden könne. **Klein** antwortet, die vergangenen Beschlüsse seien zweckgewidmet für Kommunikation und Insolvenzschutz, eine Umschichtung sei nicht ohne weiteres möglich. Per Antrag sei das durchaus möglich, erwidert **Rasch**. Er wolle nicht mehr Personal aufnehmen, als gebraucht werde. **Klein** antwortet, er hoffe, dass die fünf bewilligten Stellen

im Insolvenzschutz nicht gebraucht würden. Er wolle den Puffer aber beibehalten, für den Fall, dass die Wirtschaftskrise sich vertiefe. Die in der Kommunikation noch unbesetzte neue Stelle werde bald ausgefüllt. Schichte man die Kontingente nun um, müsse er möglicherweise in einer kommenden Vorstandssitzung erneut einen derartigen Antrag stellen. **Anderl** ergänzt, ihr sei ein ungenütztes Polster lieber als ein Personalmangel, wenn die Insolvenzen stark anstiegen. Es gehe schließlich nicht um Vollzeitjobs, sondern um drei Stellen im Ausmaß von 1,125 Vollzeitäquivalenten. **Pörtl** schlägt vor, den Antrag bis zum nächsten Vorstand zurückzustellen. **Klein** erwidert, man brauche die Stellen jetzt. Die Telefonberatung sei bereits am Limit und die Qualität drohe zu sinken.

Paiha erklärt ihre Zustimmung zum Antrag. Die hart arbeitenden BeraterInnen müssten entlastet werden. **Assigal** erinnert daran, dass die BeraterInnen im Rahmen der Aktion Job & Corona viel geleistet hätten. Bei künftigen Verschärfungen der Bundesregierung würden die Anfragen erneut ansteigen. Auch die Kontrolle von Kurzarbeits-Abrechnungen nehme viel Zeit in Anspruch. Sie plädiert dafür, die drei Personen aufzunehmen.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt die Aufstockung des Personalplanes 2020 um 3 Stellen im Ausmaß von 1,125 VZÄ.

➔ einstimmig angenommen

TOP 2.4 Tagesordnung für die 174. Vollversammlung am 11. November 2020

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Tagesordnung für die 174. Vollversammlung am 11. November 2020:

174. Vollversammlung

11. November 2020

1. **Eröffnung und Begrüßung**
2. **Angelobungen**
3. **Wahlen:**
 - 3.1. Wahl eines/r VizepräsidentIn
 - 3.2. Nachwahl in den Vorstand
 - 3.3. Nachwahl in den Vorstandsausschuss für Bauten und Investitionen
 - 3.4. Nachwahl in den Vorstandsausschuss zur Durchführung der „Richtlinien für die finanzielle Unterstützung der Aus- und Weiterbildung von Schüler/innen und Studierenden durch die AK Wien“
 - 3.5. Nachwahl in den Vorstandsausschuss für Projekte der AK-Digitalisierungsoffensive
 - 3.6. Nachwahl eines Mitglieds in den Kontrollausschuss, Nachwahl eines Ersatzmitglieds in den Kontrollausschuss
 - 3.7. Nachwahl eines Ersatzmitglieds in den Petitionsausschuss
4. **Bericht der Präsidentin**
5. **Anträge**
6. **Rechnungsabschluss für das Jahr 2019**
 - 6.1. Bericht des Direktors
 - 6.2. Bericht des Kontrollausschuss-Vorsitzenden
 - 6.3. Beschluss des Rechnungsabschlusses 2019
7. **Budgetvoranschlag für das Jahr 2021**
 - 7.1. Bericht des Direktors
 - 7.2. Bericht des Kontrollausschuss-Vorsitzenden
 - 7.3. Beschluss des Budgetvoranschlages 2021
8. **Bericht des Kontrollausschusses**
9. **Änderungen in der GO Wien, GO Fachausschüsse Wien, Umlaufbeschlüsse**
10. **Erweiterung der Zweckwidmung der Zukunftsprogrammbudgetmittel für Corona-Hilfsmaßnahmen**
11. **Bericht des Direktors**
12. **Allfälliges**

Klein weist den Vorstand auf TOP 9 hin. Der Gesetzgeber erlaube den AK-Gremien Corona-bedingt Umlaufbeschlüsse, sofern alle Mitglieder zustimmten. Mittels Änderung der Geschäftsordnungen wolle man das umsetzen. **Anderl** fragt, ob das auch für die kommende Vollversammlung gelte. **Klein** verneint das, diese müsse jedenfalls in Präsenz stattfinden.

Paiha fragt, ob der genaue Beschlusstext bereits vorliege. **Klein** verneint auch das, dieser sei noch in Arbeit. Er stelle aber den vorliegenden Letztentwurf bei Interesse gerne zur Verfügung.

Rasch hinterfragt, ob Umlaufbeschlüsse tatsächlich bis auf die Ebene der Fachausschüsse hinunter nötig seien. **Anderl** antwortet, es stehe ohnehin jedem Gremium offen, die Möglichkeit wahrzunehmen.

Kludak regt an, die Umlaufbeschlüsse unbedingt nachvollziehbar zu protokollieren. In den Fachausschüssen würden Beschlüsse schon jetzt immer wieder unvollständig oder im Nachhinein gefasst, was der Kontrollausschuss regelmäßig kritisiere. **Klein** antwortet, dass selbstverständlich eine Protokollpflicht für alle Beschlüsse vorgesehen sei.

➔ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht der Präsidentin – Anderl

Anderl weist eingangs auf die für 14 Uhr angesetzte Pressekonferenz der Bundesregierung hin. Zu erwarten sei ein „Lockdown light“, um die Ansteckungszahlen zu senken. Sie setze sich dafür ein, dass Schulen und Kindergärten geöffnet blieben, um die Eltern zu entlasten.

Die Arbeitslosigkeit bleibe leider hoch, setzt **Anderl** fort. Die von Arbeitsministerin Aschbacher angekündigte Arbeitsstiftung bewertet die Präsidentin grundsätzlich positiv. Sie solle 100.000 Menschen mit 700 Mio. Euro unterstützen. Allerdings hätte sie bereits im Oktober starten sollen, was bisher nicht geschehen sei. Zudem fehle eine wirtschaftspolitische Strategie, um die Betroffenen gezielt für die Schlüsselbranchen der Zukunft zu qualifizieren.

Um die besten Strategien gegen Arbeitslosigkeit drehe sich auch die Veranstaltungsreihe „Offensive Arbeitsmarkt“, sagt **Anderl**. Beim nächsten Termin werde **Klein** mit IV-Generalsekretär Neumayer, ÖGJ-Vorsitzender Hofer und WIFO-Ökonom Reinstaller über den wirtschaftlichen Strukturwandel und die damit einhergehenden Qualifizierungsanforderungen diskutieren.

Die Berufsinformationsmesse L14, fährt **Anderl** fort, werde heuer erstmals virtuell stattfinden. Eine ganze Messe digital abzuhalten sei ein Experiment, das in der jugendlichen Zielgruppe aber gut ankomme und bestimmt wertvolle Erkenntnisse liefern werde.

Anschließend berichtet **Anderl** von einer Veranstaltung des Diskurs-Netzwerks zum Thema Arbeitszeit. Die WissenschaftlerInnen seien zum Ergebnis gekommen, dass eine Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könne. Sie freue sich, wenn die Diskussion Fahrt aufnehme.

Die Regelung des Homeoffice schreite voran, setzt **Anderl** fort. Sozialpartner-Arbeitsgruppen verhandelten zu Themen wie Arbeitsrecht, Sozialversicherung oder Besteuerung. Im Dezember treffe man die zuständige Ministerin Aschbacher. Nötig seien sowohl kurzfristige Regelungen für den kommenden Lockdown als auch dauerhafte Lösungen für die Zeit danach. Die AK trete für klare Begrenzungen der Arbeitszeit, den Schutz des Krankenstands und die Abgeltung der Kosten an die ArbeitnehmerInnen ein. Soeben habe sie die Nachricht erhalten, dass WKO-Präsident Mahrer beim Thema Unfallversicherung auf ihrer Seite sei, freut sich die Präsidentin.

Danach spricht **Anderl** die möglicherweise bald entwickelte Corona-Impfung an. Die AK trete für eine freiwillige Impfung und gegen Einschränkungen für ungeimpfte Beschäftigte ein.

Die Aktion Job und Corona stehe vor einer Fortsetzung, sagt **Anderl**. Derzeit liefen Gespräche zwischen AK und ÖGB darüber, die Hotline wiederaufzunehmen. Die Website bestehe ohnehin fort.

Abschließend geht **Anderl** auf die Forderung nach einer bezahlten Maskenpause ein. Das stundenlange Maskentragen sei in vielen Jobs belastend, etwa in Küchen. Minister Anschober wolle die Unterstützung der AK für das Maskentragen, da müsse er den Beschäftigten entgegenkommen.

➔ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors – Klein

Klein erinnert an die bereits beim TOP 2.2. angesprochene, vom Gesetzgeber geschaffene Möglichkeit, künftig Umlaufbeschlüsse in AK-Gremien zu erlauben.

Anschließend wirft **Klein** einen Blick zurück auf die Aktion Job und Corona im Frühjahr. Insgesamt habe man enorme 37 Mio. Kontakte erzielt. Die AK-Auftritte auf Facebook und Twitter seien dabei langfristig um rund 15 Prozent gewachsen.

In seinem mündlichen Bericht kündigt **Klein** eine Neuorganisierung der Abteilung Arbeitsrecht an. Diese sei mit über 100 Beschäftigten mittlerweile sehr groß und werde nun in Haupthaus und Außenstellen geteilt. Ein detailliertes Konzept inklusive Änderung des Organigramms werde er dem Vorstand vorlegen. Beide Leitungen würden neu ausgeschrieben, die bisherige Leiterin werde sich nicht bewerben. Im Zuge der Reorganisierung sollten beide Abteilungen auch digital neu aufgestellt werden. Abschließend gibt **Klein** einen Einblick in den AK-internen Umgang mit der Corona-Epidemie. Ein wöchentlich tagendes Einsatzteam passe die Maßnahmen laufend an. Um beispielsweise Gedränge im Speisesaal zu vermeiden, müssten die KollegInnen einen Zeitslot fürs Mittagessen buchen. Bei Verdachtsfällen und Kontaktpersonen gehe man vorsichtiger vor als die Behörden und schicke die KollegInnen rasch ins Homeoffice. Die geringe Zahl an positiven Fällen in der AK bestätige diese Linie. Ein Vertrag mit einem Labor garantiere Testergebnisse innerhalb eines Tages.

Anderl freut sich über die geringe Zahl positiver Fälle in der AK. Sie dankt den Abteilungen für Zentrale Verwaltung und IT für das gute Management und die technischen Möglichkeiten. Die Präsidentin berichtet von einer unlängst abgehaltenen digitalen MitarbeiterInnenversammlung. Im Livestream seien auch Fragen möglich gewesen. Mit 250 hätten mehr KollegInnen teilgenommen als bei früheren, physischen Versammlungen – mit durchwegs positivem Feedback.

Rasch gratuliert zu den erfolgreichen technischen Umstellungen. Er fragt, ob die AK eine Betriebsvereinbarung zum Homeoffice geschlossen habe und ob es Zielwerte für die Anwesenheit im Büro gebe. **Klein** bejaht beides. Der Zielwert liege derzeit bei einem Drittel der Beschäftigten pro Organisationseinheit, mit Ausnahmen für internes und externes Service.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Anderl entschuldigt **Trenner** und verweist auf seine schriftlich vorliegenden Berichte.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl beginnt ihren Bericht mit einer aktuellen Befragung von Lehrlingen zum Thema Homeschooling. Die meisten seien demnach während des Lockdowns zu Hause geblieben. Wer gearbeitet habe, sei mit den Schutzvorrichtungen am Arbeitsplatz zufrieden gewesen. Auch die Unterstützung der BerufsschullehrerInnen sei gut aufgenommen worden. Der digitale Aufholbedarf der Berufsschulen sei aber groß.

Mehr als die Hälfte der Studierenden seien AK-Mitglieder, referiert **Aschauer-Nagl** aus der neuesten Studierenden-Sozialerhebung. Sie seien oft prekär beschäftigt und hätten diese Stellen im Lockdown häufig verloren.

Der Integrationsbericht 2020 der Bundesregierung enthalte einen Bildungsschwerpunkt, erläutere **Aschauer-Nagl**. Demnach sei Bildung das größte Problemfeld der Integrationspolitik. Mehr stehe im schriftlichen Bericht.

Mit der Vorstellung einer neuen Betriebskosten-Studie wechselt **Aschauer-Nagl** zum KonsumentInnenschutz. Die Studie zeige: Nicht die Betriebskosten, sondern die Kernmieten trieben die Wohnkosten nach oben. Die AK verlange eine einheitliche gesetzliche Definition der Betriebskosten.

Paiha macht zwei Anmerkungen zum Integrationsbericht. Erstens gebe es zwar ein verpflichtendes Kindergartenjahr, aber keine Pflicht, einen Bus dafür bereitzustellen. Im ländlichen Raum verhindere das oft den Kindergartenbesuch. Außerdem weigerten sich Kindergärten immer wieder, Kinder arbeitssuchender Elternteile aufzunehmen. **Aschauer-Nagl** verweist auf eine aktuelle, von der AK unterstützte Petition ans Parlament zur Anreise von Kindern zum Kindergarten. Das Problem abgewiesener Kinder arbeitssuchender Eltern sei bekannt und leider ungelöst. Auch in Wien könne derartiges vorkommen, wenn die Plätze im Kindergarten knapp seien.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.5 Information – Bröthaler

Bröthaler verweist angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf seine schriftlich vorliegenden Berichte.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner beschränkt ihren mündlichen Bericht auf einen Punkt: Die telefonische Krankmeldung sei nach dem Lockdown wieder erschwert worden und nur noch bei Corona-Symptomen erlaubt. Für ÄrztInnen wie PatientInnen sei es sicherer, sie wiedereinzuführen. Das sei derzeit Thema in den Gremien der Gesundheitskasse.

Gruber berichtet von Fällen, in denen Beschäftigte die Quarantänebescheide nur verspätet oder gar nicht erhielten. Die Arbeitgeber verlangten diese aber als Grund für das Fernbleiben vom Arbeitsplatz. Er fragt, was die AK in dieser Angelegenheit unternehme. **Kundtner** antwortet, dass selbst eine mündliche Anordnung, zu Hause bleiben zu müssen, einem Bescheid gleichkomme. Der Arbeitgeber könne bei Bedarf einen schriftlichen Nachweis einfordern. Kein Arbeitnehmer müsse arbeiten gehen, solange der schriftliche Bescheid fehle und habe weiterhin Anspruch auf Bezahlung. Sollten Arbeitgeber in solchen Fällen den Lohn kürzen, handelten sie rechtswidrig und die AK könne das Geld inklusive Zinsen einklagen.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Auch **Kubitschek** verweist angesichts der fortgeschrittenen Zeit auf ihre vorliegenden schriftlichen Berichte. Besonders ans Herz legt sie dem Vorstand den Bericht 3.7.2., der eine Übersicht aller Corona-

Unternehmenshilfen beinhalte. Außerdem freut sie sich über den dritten AK-Wohlstandsbericht (3.7.3.), der soeben erschienen und medial gut aufgenommen worden sei.

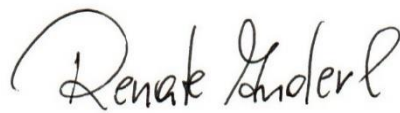
➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

4 Allfälliges

Anderl erinnert daran, dass die Wiener Vollversammlung am 11. November trotz Corona physisch stattfinden müsse. Sie ersucht alle KammerrätInnen, die Hygiene-Regeln genau einzuhalten, darunter die zugewiesenen Sitzplätze. An jedem Platz gebe es ein Mikrofon. Bei Bewegungen im Raum herrsche Maskenpflicht, auch beim Essen gebe es genaue Regeln. Es gehe darum, einen AK-Wien-Cluster zu vermeiden.

Pörtl fragt, ob das bedeute, dass jedes Vollversammlungsmitglied vom Platz aussprechen könne, was **Anderl** bestätigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Anderl** mit Verweis auf die nächste Vorstandssitzung der AK Wien am 23. November 2020 die Sitzung um 14:12 Uhr mit einem herzlichen „Glück auf!“.



Die Präsidentin



Der Direktor



Protokoll